

Rettungsplan für Sowjetbank

Tilgungsaufschub und Goldgarantie verschaffen nicht nur der sowjetischen Außenwirtschaftsbank wieder für ein paar Monate Handlungsspielraum. Auch die Ost-West Handelsbank in Frankfurt, an der die Außenwirtschaftsbank beteiligt ist, brauchte dringend Hilfe.

Ihre Wirtschaftsprüfer sind zu dem Ergebnis gekommen, die Forderungen des Instituts gegen sowjetische Institutionen müßten, obwohl sie bisher prompt bedient wurden, nach deutschem Recht um etwa die Hälfte abgeschrieben werden. Das könnte die Bank, die für die Sowjetunion die Mark-Abrechnung besorgt, bei einem Eigenkapital von nur 128 Millionen

nicht verkraften, sie müßte in Konkurs gehen. Spätestens am Bilanzstichtag, dem 31. Dezember, schlägt die Stunde der Wahrheit.

Weil Bankaufsicht, Banker und Politiker fürchteten, ein Konkurs in Frankfurt könne sich auf sowjetische Auslandsbanken in Paris, London und Wien ausdehnen und unabsehbare Kreise ziehen, waren bereits Pläne zur Rettung vorbereitet worden. Deutsche Großbanken wollten im Notfall, abgesichert vom Staat, eine Pleite durch Garantien oder gar Übernahme verhindern.

Nach der vereinbarten Milliardenhilfe wächst in Frankfurt und Bonn die Hoffnung, die Moskauer Außenwirtschaftsbank werde die Probleme ihrer Frankfurter Tochter allein lösen können.

der letzten Runde in Moskau jetzt ein wenig „sichereren Boden“ zu spüren, hütet er sich, über Devisenvorräte, Schuldenhöhe oder Fälligkeiten zu spekulieren.

Allein die Farce um den sowjetischen Goldschatz – wieviel ist noch da, wenn überhaupt – zeigt überdeutlich, auf welch ungewissem Grund Gläubiger und Schuldner Halt suchen. Die sowjetischen Bürger glaubten in gewohnt blindem Vertrauen an einen Hort von mehreren tausend Tonnen. Sachverständige der Bank von England errechneten noch 1000 Tonnen, als Michail Gorbatschows Wirtschaftsexperte Grigorij Jawlinski offiziell lediglich 240 Tonnen meldete.

Vor 14 Tagen schließlich verkündete Alexander Orlow, Vorsitzender der Kontrollkammer des sowjetischen Parlaments, die Tresore seien leer. Das hielt die G-7-Experten nicht davon ab, am Donnerstag dennoch einen goldgesicherten Schnellkredit von einer Milliarde Dollar zu vereinbaren.

Sicher ist: Am 24. September tauchte bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) ein Vertreter der sowjetischen Außenwirtschaftsbank auf und begehrte einen mit 100 Tonnen Gold zu sichernden Beistandskredit. Ermittlungen der BIZ ergaben jedoch, daß die angebotenen Goldbarren sich schon lange außerhalb der sowjetischen Grenzen befanden und zudem „mit Rechten Dritter“ belegt waren.

Trotz minutiöser Schilderungen der Moskauer *Iswestija* über zahlreiche Goldflüge nach Frankfurt oder London, trotz der Gerüchte über jahrelange Notverkäufe und Schiebereien zur privaten Alterssicherung von Funktionären – die G-7-Abgesandten glauben nach wie vor an Restgold im Kreml.

Sollten die Republiken die versprochene Milliarde Dollar kurzfristig in An-

spruch nehmen wollen, müssen wieder Flugzeuge beladen werden. Frisches Geld gibt es erst, wenn das verpfändete Staatsgold außerhalb bei kapitalistischen Banken gelagert ist.

Diese G-7-Bedingung empfanden die Republik-Vertreter als demütigend, weil „Gold im Augenblick ein Mysterium ist“ (Köhler). Wer daran rühre, warnte der russische Finanzminister Jegor Gaidar, könne die Existenz von Regierungen gefährden.

Das wollten die westlichen Industrieländer nicht, sie beharrten aber dennoch auf ihrer Goldbedingung: Die neuen Politiker des Ostens müßten lernen, meint ein Frankfurter Banker, „Entscheidungsfähigkeit auch in schwierigen Lagen“ zu beweisen.

Diplomatie

Säugling unter Monstern

Vom Machtkampf zwischen Jelzin und Gorbatschow hängt es ab, ob und wann Honecker ausgeliefert wird.

Justizminister Klaus Kinkel freute sich, daß fast alle Kollegen aus den osteuropäischen Staaten gekommen waren, die er zum Erfahrungsaustausch über Demokratie und Rechtsstaat nach Bonn eingeladen hatte. Einer allerdings, der sowjetische Kollege, bedauerte Kinkel bei der Begrüßung am Montag voriger Woche, sei „leider verhindert“.

Den Grund erfuhr der erstaunte Kinkel verspätet: Dessen Ressort sei inzwischen aufgelöst, teilte der russische Justizminister Nikolai Fjodorow trocken mit; er habe den Laden samt Personal übernommen.

Es blieb nicht bei dieser Überraschung.

Fjodorow nahm mit verblüffender Entschiedenheit Stellung zu einem äußerst heiklen Thema, das den deutschen Justizminister beschäftigt: Was wird aus Erich Honecker, dem ehemaligen SED-Chef und DDR-Staatsratsvorsitzenden, den die Sowjets im März dieses Jahres in einer „Nacht-und-Nebel-Aktion“ (Kinkel) ausgeflogen hatten?

Wenige Tage vor seinem Bonn-Besuch hatte der russische Präsident Boris Jelzin am Freitag vorletzter Woche von seinem Kabinett die „Ausweisung“ des Flüchtlings, der sich angeblich in einem



Minister-Kollegen Fjodorow, Kinkel: „Sehr schwieriges Geflecht“